

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9039/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Margitta Terborg MdB erläutert die sozialen Schwierigkeiten, die sich aus den Übersiedlungen für die Bundesrepublik ergeben: Praktische Deutschlandpolitik wird zum schwierigen Geschäft.

Seite 1

Dr. Jürgen Schmude MdB bewertet die Rolle des Dialog- und Streitpapiers: Ein „Kleiner Schritt“, der richtig bleibt.

Seite 3

Wolfgang Roth MdB erinnert an den Beginn der Marshallplan-Hilfe vor 40 Jahren: Marshallplan fasziniert noch heute.

Seite 5

Prof. Dr. Eckhart Pick MdB würdigt 25 Jahre „Stiftung Warentest“: Test bestanden.

Seite 6

Barbara Weiler MdB fordert den Verzicht der katholischen Bischöfe auf das geplante Glockenläuten am 28. Dezember: „Makabre Aktion“.

Seite 7

44. Jahrgang / 241

15. Dezember 1989

Praktische Deutschlandpolitik wird zum schwierigen Geschäft

Neu- und Altbürger müssen gleich behandelt werden

Von Margitta Terborg MdB

Mitglied des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Als die Welle der Trabis auf uns zurollte, stach uns in den ersten Tagen die Auspuffwolke noch recht lieblich in die Nasen. Es war der Duft nach Freiheit und Freizügigkeit, den wir registrierten. Inzwischen ist das Hochgefühl verfliegen und Kopfschmerzen stellen sich ein. Das Zusammenwachsen der beiden Deutschlands scheint eine schwierigere Sache zu sein, als viele bei uns geglaubt haben. Und wie das immer so ist: allzu schnell verschwindet das Thema im Gestrüpp der Phraseologien und gegenseitigen Verdächtigungen. Dies umso eher, je brisanter die Probleme sind. Ich denke, wer rechtzeitig auf zu lösende Fragen aufmerksam macht, handelt verantwortungsbewußter als der, der als moderner Hans-Guck-in-die-Luft über Wiedervereinigung trompetet, ehe er die Hausaufgaben des allmählichen Zusammenwachsens der Deutschen gelöst hat.

Um es vorweg zu sagen: Ich halte undifferenzierte Wiedervereinigungs-Propaganda im Augenblick für bedenklicher als manche mitunter auch mißglückte Versuche, deutsch-deutsche Realitäten in den Griff zu bekommen. Zu denen gehört beispielsweise die Frage, ob die bei uns geltenden Sozialleistungen im Moment nicht eher dazu beitragen, das personelle Ausbluten der DDR zu fördern, damit verbunden soziale Spannungen in der Bundesrepublik auszulösen, und jene finanziellen Ressourcen fehlzuleiten, die zur Wiedergesundung der DDR so dringend benötigt würden. Ist es unpatriotisch, darüber zu reden? Oder ist es nicht vielmehr schlicht dumm, diese Fragen unter den Teppich zu kehren? Ich meine, letzteres ist der Fall.

Die Debatte geht meiner Meinung nach schon in die falsche Richtung, wenn Probleme des Sozialstaats mit Fragen der Staatsbürgerschaft auf unzulässige Weise vermischt werden. Ich vermag nicht einzusehen, daß etwa der bundesdeutsche Paß gleichzeitig auch die Mitgliedschaft in der bundesdeutschen Rentenversicherung bedeutet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.

Presse/Verlag
mit sozialer Verantwortung
Kreuzweg-Punkt



Millionen Bundesbürger erhalten keine Leistungen aus der Rentenversicherung und das mit gutem Grunde. Sie erwerben Rentenansparungen schließlich nicht mit der Staatsbürgerschaft, sondern durch eigene Beiträge. Die Rentenleistung ermittelt sich zudem nur sehr bedingt aus fiktiven Durchschnittswerten (das ist etwa bei Ausbildungszeiten, bei Wehrdienst oder Gefangenschaft etc.) der Fall, sondern gründet auf der Höhe der gezahlten Beiträge. Ist es wirklich Populismus, wenn man darauf aufmerksam macht, daß richtig verstandene Gleichbehandlung von Alt- und Neubürgern auch die strikte Beachtung dieses Grundsatzes verlangt? Wie man dem entsprechen kann, ist nicht eine Frage des nationalen Glaubensbekenntnisses, sondern zwischenstaatlicher Rententechnik. Es wird Zeit, daß wir uns wieder an diese Selbstverständlichkeit erinnern.

Daß wir in der Frage der Zuweisung des skandalös knapp gewordenen Gutes bezahlbarer Sozialwohnungen ebenfalls den Grundsatz der Gleichbehandlung zwischen Alt- und Neubürgern zu beachten haben, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Damit ist das Problem aber noch nicht hinreichend beantwortet. Es verweist einerseits die Neubürger an das Ende der Warteschlange, wirft aber andererseits die Frage auf, wie wir mit den Menschen umgehen, denen jetzt ein vielmonatiges Leben in Notunterkünften bevorsteht. Und wie wir durch umfassende und rückhaltlose Aufklärung den Zuzugsdrang bremsen können. Die „Botschaft“ muß überkommen: niemand kann den Neubürgern das materielle, das soziale, das psychologische Risiko des Neubeginns abnehmen. Sie bleiben dann immer noch frei in ihrer Entscheidung, aber sie wissen dann besser Bescheid um die Folgen.

In der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind bereits Korrekturen erfolgt, die Bevorzugungen von Neubürgern vermeiden und mißbräuchliche Nutzungen einschränken. Es ist jedoch zu befürchten, daß solche Teilkorrekturen das Problem nicht lösen. Unser Sozialstaat kann und darf schließlich nicht zum Abschreckungsinstrument unerwünschter Wanderungsströme denaturieren.

Ein vierter Fall, über den zu reden ist: unsere Hochschulen und Universitäten werden sich auf eine neue „Kundschaft“ einzustellen haben. Das hat nur bedingt etwas mit der Qualität von Forachung und Lehre in der Bundesrepublik zu tun, wohl aber mit den sozial flankierenden Maßnahmen für unsere Studierenden. Soll man die Hörsäle vor den DDR-Studenten versperren? Sicher nicht, das wäre eine sehr makabre Spielart der Bildungspolitik. Wer das aber nicht will, wird mit dem anderen Deutschland über Wege zu verhandeln haben, die das Studieren hier wie dort unter ähnliche materielle Bedingungen stellt.

Die Liste ließe sich endlos weiterführen. Man kommt immer wieder zum gleichen Schluß: wenn es nicht gelingt, das tiefgreifende Sozialgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR einzu-ebnen, werden die Wanderungsströme, unter welchen Vorzeichen sie auch erfolgen, nicht abreißen. Wenn wir also dem anderen deutschen Staat jetzt zu Hilfe eilen, vorbehaltlos zu Hilfe eilen, helfen wir uns selbst und leisten unseren unverzichtbaren Beitrag zur deutsch-deutschen Wiederannäherung. Das geht ans Geld. Und das ist ungleich schwieriger und folgenreicher, als mit gewölbter Brust die dritte Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen.

Es ist eigentlich nur natürlich, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich in erster Linie auf die Probleme der allmählichen Annäherung der beiden Deutschlands richtet. So verständlich das ist, die Sache hat einen fatalen psychologischen Haken: Millionen Menschen bei uns fühlen sich vernachlässigt, vergessen, vom allgemeinen Wohlstand ausgeschlossen. Und sie haben sehr handfeste Gründe dafür. Jetzt, so fürchten sie, werden sie noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt, und jede vermeintliche oder tatsächliche Besserstellung der Neubürger nährt ihre Ängste. Wenn diesem Gefühl der Verlassenheit nicht durch praktische Politik für die sozial Schwachen in unserem Land begegnet wird, schlägt es in Haß auf die Neubürger, auf das „System“ um. Erste Anzeichen dafür sind schon zu spüren, es wäre eine Katastrophe, weiter in gewohnter Manier darüber hinweg zu schwadronieren.

(-/15.12.1989/vo-he/st)

Ein „Kleiner Schritt“, der richtig bleibt

Das Dialog- und Streitpapier hat den Umbruch gefördert

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Guten Absichten und Beschwörungen zum Trotz scheint sich im konservativen Lager der Bundesrepublik doch die Absicht durchzusetzen, deutschlandpolitische Emotionen für den Wahlkampf zu mobilisieren und zu nutzen. Durch ständige Wiederholung falscher Behauptungen über die SPD werden Legenden vorbereitet. Zum Beispiel über den Inhalt und die Wirkung des im August 1987 von Vertretern der SPD und der SED formulierten Dialog- und Streitpapiers.

Das SED-Regime Erich Honeckers stand damals vor einem besonderen Höhepunkt der Aufwertung und Anerkennung. Anfang September 1987 wurde im Bundeskanzleramt der rote Teppich ausgerollt, Hymnen erklangen, Honecker wurde in Bonn als Staatsoberhaupt empfangen. Damals war ganz klar: Wer die Entwicklung in der DDR positiv beeinflussen wollte, wer mehr Freiheiten und Rechte für die Menschen anstrebte, mußte sich auch an die dort herrschenden Kräfte wenden, um von ihnen Bereitschaftserklärungen und Zugeständnisse zu erhalten.

Genau das haben die Vertreter der SPD bei der Verabredung des Dialog- und Streitpapiers getan. Ihr Ergebnis kann sich noch heute und konnte sich erst recht damals gut sehen lassen. Zum Beispiel mit der Absage an Feindbilder. Vor allem aber durch die Absage an gewaltsame Durchsetzung der eigenen politischen Meinung, etwa mit der Verpflichtung, im friedlichen Wettbewerb durch das Beispiel zu überzeugen, durch die Zulassung von Kritik, „auch in scharfer Form“, durch das Bekenntnis zur Möglichkeit der offenen Diskussion über Erfolge und Mißerfolge „innerhalb jedes Systems“, durch die Betonung der „umfassenden Informiertheit“ mit Verbreitung von Zeitungen und Veröffentlichungen und durch die Bereitschaftserklärung für den Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Kräften auf beiden Seiten unter Einschluß von Besuch und Gegenbesuch bei Seminaren und anderen Veranstaltungen.

Manchen heutigen Kritikern scheinen diese bedeutsamen Aussagen aus dem Blick geraten zu sein. Vergessen haben sie anscheinend auch die damaligen zustimmenden Stellungnahmen aus der DDR zu dem Papier. Vor allem im kirchlichen Bereich wurde es begrüßt. „Evangelische Christen finden in dem Dokument viele Einsichten wieder, für die sie schon lange eingetreten sind“, meinte die „Kirche“ (DDR) vom 13. September 1987. Mitte September 1987 begrüßte die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR bei der Synode in Görlitz das Papier als sinnvolle Absichtserklärung. Landesbischof Leich hatte sich schon Anfang September in diesem Sinne geäußert. Und die Evangelische Kirche der Union aus der DDR meinte über das Papier: „Es wird von der Führung unseres Landes und unseren Menschen ernst genommen. Nicht wenige berufen sich darauf.“

Übrigens beriefen sich auch Unionspolitiker darauf. In der Aktuellen Stunde des Bundestages am 9. Dezember 1987, in der die Fraktionen einmütig das Vorgehen der DDR-Behörden gegen Menschenrechts- und Friedensgruppen verurteilten, zogen auch zwei Redner der CDU/CSU das Papier zur Stützung ihrer Forderungen an die SED heran.

Marion Gräfin Dönhoff drückte das damalige Empfinden in der „Zeit“ vom 11. September 1987 zutreffend mit den Worten aus, das Papier gewinne den Charakter eines Meilensteins. Und nicht zuletzt hatte Ende September 1987 auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Bedeutung des Papiers unterstrichen und festgestellt, das Beratungsergebnis gebe den Deutschen in der DDR „Anlaß zur Freude“ (epd vom 30. September 1987).

Von einer Stärkung oder Legitimierung der SED durch die SPD konnte damals keine Rede sein. Unter dem Eindruck des Empfangs für Honecker in Bonn hätte ein solcher Einwand lächerlich gewirkt. Und in allen Diskussionen innerhalb und außerhalb der DDR, denen sich die SED wegen des Papiers ausgesetzt sah, wurde die Umsetzung bei den Freiheits- und Menschenrechten eingefordert, aber kein Wort der Anerkennung für die SED gesprochen.

So hat das Dialog- und Streitpapier den Prozeß der politischen Wende gefördert. Sozialdemokraten hatten niemals Zweifel daran, wie ein freier Wettbewerb der Systeme ausgeht: so nämlich, wie es jetzt offensichtlich ist.

Was wäre, wenn wir nochmals in der Lage des August 1987 ständen? Natürlich würden wir uns, wie damals schon, um ein besseres, noch deutlicheres Papier bemühen. Und natürlich würde der Gesprächspartner, ohne den kein Ergebnis zustandekommt, sich erneut weigern, sein eigenes Verdammungsurteil zu unterschreiben. Und somit würde, als sogenannter kleiner Schritt, erneut ein Papier wie dieses herauskommen. Als ein Schritt, der so groß ausfällt, wie es eben möglich ist. Und übrigens: In der Summe haben sich die kleinen Schritte zu bedeutsamen großen Fortschritten addiert.

Wer seine Maßstäbe nur vom heutigen Entwicklungsstand bestimmen läßt, urteilt falsch. Die Saatkartoffel wirkt nach der Ernte höchst unansehnlich und ist dann zu nichts mehr zu gebrauchen. Was zählt, ist eben die Frucht, die sie gebracht hat. In der Politik ist es oft ebenso.

(-/15.12.1989/vo-he/st)

* * *

Marshallplan fasziniert noch heute

Vor 40 Jahren trat die Bundesrepublik dem Marshallplan-Abkommen bei

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Vor 40 Jahren, am 15. Dezember 1949, trat die Bundesrepublik dem Marshallplan-Abkommen bei. Der mit dem Marshallplan verbundene Geldfluß aus den USA war für den eben aus der Taufe gehobenen Staat Bundesrepublik, aber auch für andere Staaten Westeuropas eine Art Startschuß zur Modernisierung der Volkswirtschaften.

Es ist keine Überheblichkeit, wenn ich feststelle, daß die Gelder des Marshallplans in der Bundesrepublik am Nutzbringendsten verwendet worden sind. Es lag eine historisch einmalig günstige Situation vor für investitionswillige Unternehmer, und diese Lage wurde genutzt.

Damals begriffen viele der in der Bundesrepublik verantwortlich handelnden Unternehmen wie Politiker, daß der Marshallplan nicht allein ein politisches und wirtschaftliches Kalkül der Spender enthielt, sondern auch einen Vertrauensvorschuß der Vereinigten Staaten darstellte, den man nicht verstreichen lassen durfte.

Wir sollten daher heute voller Respekt und auch mit Dankbarkeit an den 15. Dezember 1949 zurückdenken. Damals haben die USA Westeuropa nicht alleingelassen. Der Marshallplan hat während der Jahrzehnte seither seine Faszination behalten. Seine Idee soll nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten für die Länder der Dritten Welt nutzbar gemacht werden.

Auch für Mittel- und Osteuropa wurde die Marshallplan-Idee während der vergangenen Jahre immer wieder ins Gespräch gebracht. Und auch heute, wenn wir über Hilfen für die DDR nachdenken oder reden, haben wir die Philosophie des Marshallplans mit im Hinterkopf. Gleichwohl treten dabei die Unterschiede zu damals sehr klar zutage: Die heutige Hilfe dient der Umstrukturierung, nicht dem Neuaufbau. Heute geht es um Unterstützung bei der Wirtschaftsreform. Dabei verdient gerade die DDR unser Vertrauen.

Gerade die DDR hat Anspruch auf einen Vertrauensvorschuß unsererseits - so wie die USA damals uns vertrauten. Für mich ist der 15. Dezember 1949 schließlich ein Erinnerungsposten daran, daß unsere Deutschlandpolitik immer der Verankerung im gewachsenen und immer dichter gewordenen westlichen Vertragssystem bedarf. Daran darf es keine Zweifel geben. Ich halte es in diesem Zusammenhang für töricht und gefährlich, wenn in der Öffentlichkeit Zweifel an der Einstellung unserer westlichen Verbündeten und an der Motivation östlicher Partnerländer wegen der neuen Bindungen zwischen den beiden deutschen Staaten gehegt werden. Nur wenn unsere Verankerung im Westen so bleibt, wie sie ist, wird es uns im übrigen gelingen, unsere ganze ökonomische Kraft für Hilfen zugunsten der DDR wie andere Länder Mittel- und Osteuropas zu mobilisieren.

(-/15.12.1989/st/fr)

* * *

Test bestanden

Eine Stiftung jubiliert

Von Prof. Dr. Eckhart Pick MdB

Vor 25 Jahren wurde in Berlin die bundeseigene „Stiftung Warentest“ gegründet. Seitdem ist sie zur allseits anerkannten ehrlichen Maklerin im Spannungsfeld zwischen den Interessen von VerbraucherInnen einerseits und Produzenten bzw. Anbietern von Dienstleistungen andererseits geworden.

Sie gilt als Autorität im Urteil über objektivierbare Merkmale von Waren und Dienstleistungen. War es anfangs insbesondere die Feststellung des jeweiligen Preis-Leistungs-Verhältnisses, die im Vordergrund stand, hat sich die Aufgabenstellung der Stiftung weiterentwickelt.

Stieß sie zu Beginn vorwiegend in die Marktlücke der vergleichenden Beurteilung von Waren und Dienstleistungen, die das Wettbewerbsrecht den Anbietern verbietet, so bezieht die Stiftung heute Urteile über technische Voraussetzungen und Umweltbelange mit ein.

Ihre anerkannten Methoden führen dazu, daß sich nicht nur die VerbraucherInnen auf ihr Urteil berufen, sondern auch die Anbieterseite.

Ein gutes Testergebnis ist Geld wert, wiegt in den Augen der Öffentlichkeit mehr als alle Kapriolen der Werbebranche. Wer das Jahrbuch '90 der Stiftung Warentest in die Hand nimmt und darin blättert, findet fest alles, was testfähig und -wert ist; vom Haushalt bis zum Tourismus schlägt sich der Bogen; von A wie Auto bis Z wie Zoomobjektiv, eine objektive Tour d'Horizon durch das Konsumleben. Ein Führer durch das Labyrinth von wertbildenden und wertmindernden Faktoren. Aber immer gefährdet zwischen Skylla und Charybdis, von Geschäftsschädigung und der Wahrung von Verbraucherinteressen.

Die Prognose fällt nicht schwer, daß die Aufgaben der Stiftung in einem europäischen Binnenmarkt noch vielfältiger und gleichzeitig wichtiger werden. Die Orientierung der VerbraucherInnen wird eher schwieriger.

Verbraucherinteressen wirksam zur Geltung zu bringen, gehört aber zum Sozialraum Europa. Auch die Balance der Stiftung zwischen Aufklärung und Vermarktung von Testergebnissen dürfte problematisch bleiben.

Dem Untersuchungsziel „Umweltverträglichkeit“ ist künftig noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Degegen kann Verträglichkeit mit mächtigen Interessengruppen auch weiterhin kein Maßstab für das Handeln sein. Dafür bieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gewähr.

Ihnen haben wir zu danken.

Das Urteil über 25 Jahre Stiftung Warentest lautet jedenfalls: „Test bestanden!“

(-/15.12.1989/vo-he/st)

* * *

„Makabre Aktion“
.....

Zum Glockenläuten der katholischen Bischöfe am 28. Dezember

Von Barbara Weiler MdB (Fulda)

Nachdem 1988 der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba im Alleingang in seiner Diözese die Glocken aus Protest gegen das geltende Recht bei Schwangerschaftsabbruch läuten ließ, schließen sich in diesem Jahr am 28. Dezember, dem „Fest der unschuldigen Kinder“, seine Amtsbrüder in allen Diözesen dieser Praxis an.

Dieses Glockenläuten kann nur als Anklage gegen die Frauen verstanden werden, die nach einer schweren Entscheidung rechtmäßig einen Schwangerschaftsabbruch haben vornehmen lassen. Es wird in der Öffentlichkeit auch als nichts anderes verstanden. Erzbischof Dybas bisherige unbarmherzige Rhetorik zu diesem Problembereich („kindermörderische Generation“) kann durch anderweitige Relativierungen nur unzureichend aufgehoben werden.

Ich begrüße die Erklärung des „Bensberger Kreises“, der alle Kirchengemeinden und Pfarrer aufgefordert hat, „sich an dieser makabren Aktion nicht zu beteiligen“ und von einem „Mißbrauch bischöflicher Macht“ spricht.

Folgende Aussage des Bundesverfassungsgerichts möchte ich in Erinnerung rufen:

„Achtung vor dem ungeborenen Leben und Recht der Frau nicht über das zumutbare Maß hinaus zur Aufopferung eigener Lebenswerte im Interesse der Respektierung dieses Rechtsgutes gezwungen zu werden, treffen aufeinander. In einer solchen Konfliktlage, die im allgemeinen auch keine eindeutige moralische Beurteilung zuläßt und in der die Entscheidung zum Abbruch einer Schwangerschaft den Rang einer achtenswerten Gewissensentscheidung haben kann, ist der Gesetzgeber zur besonderen Zurückhaltung verpflichtet.“

Die katholischen Bischöfe müssen sich fragen lassen: Sind die tatsächlich der Meinung, mit dieser massiven Anklage der betroffenen Frauen einen konstruktiven Beitrag für eine kinderfreundlichere Gesellschaft und für weniger Schwangerschaftsabbrüche zu leisten?

Strafe verhindert keine Abtreibungen, sondern treibt lediglich in die Illegalität, zu Kurpfuschern oder fördert den Abtreibungstourismus und läßt Frauen allein mit ihren Problemen.

Nur gesellschaftspolitische Maßnahmen im Sinne einer Politik für schwangere Frauen, für Kinder und Familien können die Zahl der Abtreibungen senken: „Hilfe statt Strafe“ ist das richtige Konzept.

Anfang kommenden Jahres wird der Deutsche Bundestag einen Antrag der SPD-Fraktion auf ein „Sofortprogramm für schwangere Frauen, Mütter und Familien - Hilfen mit Rechtsanspruch und Maßnahmen für eine kinder- und familienfreundlichere Gesellschaft“ beraten. Dieser Antrag unserer Fraktion basiert auf der Feststellung, daß eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in unserer Republik erst noch verwirklicht werden muß. Darüber hinaus sind gezielte Hilfen für Frauen in Schwangerschaftskonflikten auch deswegen erforderlich, weil die Leistungen für Familien von der Bundesregierung stark gekürzt worden beziehungsweise zugunsten einkommenstärkerer Familien umgeschichtet worden sind (zum Beispiel Dienstmädchenprivileg: steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen in Höhe von 12.000 DM im Jahr). Einseitige Privilegierungen durch die Kirche, wie die Vergabe von Beuplätzen nur an katholisch Getraute - wie jüngst in Fulda geschehen -, fördern auch nicht das Vertrauen junger Menschen in eine gerechte und soziale Gesellschaft.

Bei Schwangerschaftskonflikten geht es oft nicht um drückende materielle-finanzielle Probleme, sondern um solche der Lebensperspektive: sie liegen im Bereich der Partnerschaft, der Ausbildung, des Arbeitsplatzes, der Wohnung. Für diese Bereiche fordert unser Antrag konkrete Sofortmaßnahmen.

So verlangen wir, daß die im gerade von der konservativ-liberalen Koalition verlängerten Beschäftigungsförderungsgesetz enthaltenen frauenbelastenden Vorschriften aufgehoben werden: zum Beispiel die Zulässigkeit befristeter Arbeitsverhältnisse ohne sachlichen Grund, durch die auch und gerade schwangere Frauen ihren Arbeitsplatz verlieren und aus der sozialen Mindestsicherung des Mutterschutzgesetzes ausgeschlossen werden.

Die sozialen Aktivitäten der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen - auch für schwangere Frauen - haben in unserer Gesellschaft eine große Bedeutung. Der demonstrativ-anklagende Einsatz von Kirchengeläut steht in krassem Widerspruch zu dieser Tradition. (-/15.12.1989/vo-ha/hgs)

* * *